

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Finanzausschuss**

21.07.2026

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 08.07.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:23 Uhr

Anwesenheit:

Anwesend:

Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Jens Kreutzer

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Heiko Schröder

Gremiumsmitglied

Ratsherr Holger Hanson

Herr Thomas Knuth

Ratsfrau Caterina Muth

Frau Anja Schewe

Ratsfrau Yvette Schöler

Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke

stellv. Gremiumsmitglied

Herr Detlef Schimank

Vertretung für Ratsrau Sigrid Strelow

Verwaltung

Frau Sturzbecher

Frau Karberg

Frau Rathsack

Frau Zabel

Herr Schwabe

Herr Weidemann

Herr Köpke

Herr Bock

SB Jahresabschlüsse

SB Haushaltsplanung und -abrechnung

Abteilungsleiterin Recht und Vergaben

Beauftragte Beteiligungsmanagement

Betriebsleiter – Eigenbetrieb Immobilienmanagement

Verwaltungsprüfer

Sportkoordinator

Integrationsbeauftragter

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die 19. Sitzung des Finanzausschusses wird durch den Ausschussvorsitzenden **Ratsherrn**

Kreutzer eröffnet.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Anwesenheit

Ratsherr Kreutzer stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind 9 Mitglieder anwesend und somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 18. Sitzung des Finanzausschusses

abgestimmt

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr Kreutzer beantragt Rederecht für Ratsherrn Großmüller für den TOP 6 - Kommunalisierung der Grünflächenpflege/Kostenvergleichsrechnung, TOP 8 - Sportförderung - Umstellung auf transparentes Direktzuschussmodell und TOP 9 - Überprüfung der städtischen Mittel für die Partnerschaft für Demokratie Neubrandenburg - Haushaltskonforme Neuausrichtung der Projektförderung. Außerdem wird für Herrn Neitzke von der VZN GmbH für den TOP 10 - Umfirmierung der Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH (VZN) zum 01.01.2027 Rederecht beantragt. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau Sturzbecher informiert darüber, dass der Haushalt am 03.07.2026 in Kraft getreten ist.

Ratsherr Schröder erfragt, ob es ein Personalentwicklungskonzept gibt, wann es erstellt wurde und ob ein neues in Erarbeitung ist. **Frau Sturzbecher** sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Ratsherr Kreutzer informiert, dass in der offenen Arbeitsgruppe zum Haushalt alle Themen zunächst besprochen wurden. In der kommenden Woche werde die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Verwaltung letztmalig tagen, um die Ergebnisse zusammenfassend auszuwerten. Ziel der Arbeitsgruppe sei es gewesen, das Verwaltungshandeln besser nachvollziehen zu können. **Ratsherr Schwanke** bittet darum, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auch den Mitgliedern des Finanzausschusses zur Verfügung zu stellen. **Herr Kreutzer** sagt dies zu und weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe kein Entscheidungsgremium sei. Entscheidungen würden ausschließlich durch die Stadtvertretung getroffen. **Ratsherr Hanson** bestätigt dies und ergänzt, dass ein Abschlussbericht erstellt werden solle.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es gibt keinen Änderungsbedarf zur Tagesordnung.

TOP 6 Kommunalisierung der Grünflächenpflege / Kostenvergleichsrechnung Vorlage: BV/VIII/0303

Ratsherr Großmüller erläutert, dass seine eingereichten Anträge teilweise auf den Ergebnissen der Arbeitsgruppe basieren. Es gehe nicht um eine sofortige Rekommunalisierung, sondern um die Erstellung einer transparenten Wirtschaftlichkeits- und Kostenvergleichsrechnung. Auf dieser Grundlage solle geprüft werden, ob bestimmte

Leistungen wieder durch die Stadt erbracht oder weiterhin vergeben werden sollten. Als wesentliche Argumente nennt er mehr Transparenz sowie Erfahrungen anderer Kommunen, die durch Rekommunalisierungen Kosten gesenkt hätten. Zudem könnten Arbeitsplätze geschaffen und die Qualität der Grünflächenpflege besser gesteuert werden. Der Antrag verursache keine zusätzlichen Kosten, da die Auswertung auf vorhandenen Daten der Verwaltung basiere. Er weist darauf hin, dass zunächst die Ausschreibungsergebnisse des EBIM für das Jahr 2027 vorliegen müssten, bevor eine belastbare Analyse erfolgen könne.

Ratsherr Schwanke betont, dass ein solcher Vergleich bereits vor einigen Jahren angestrebt worden sei. Er bezweifelt, dass eine Rekommunalisierung zu Kosteneinsparungen führen würde. Aufgrund der Kostensteigerungen und der geringeren Anzahl an Anbietern habe sich die Ausgangslage verändert. Gegen die Erstellung einer Übersicht spreche jedoch grundsätzlich nichts. **Ratsherr Großmüller** weist darauf hin, dass die Preise für Fremdvergaben aufgrund der geringen Anzahl von Marktteilnehmern deutlich gestiegen seien. Er regt an zu prüfen, ob durch mehr Eigenleistungen der Stadt Kosten eingespart werden könnten. Als Beispiel nennt er die NEUWOGES, die Leistungen wie Malerarbeiten und die Treppenhausreinigung selbst ausführe. **Ratsherr Hanson** erklärt, dass dieses Thema bereits im Betriebsausschuss besprochen worden sei. Er befürwortet eine Gegenüberstellung von Fremdvergabe und Eigenleistung als Entscheidungsgrundlage. **Ratsherr Schröder** verweist auf das Gutachten von Herrn Schwabe aus dem Jahr 2021 und führt aus, dass sich die Stundenlöhne im Handwerks- und Grünflächenbereich seitdem nahezu verdoppelt hätten, während die Tarifverträge nicht entsprechend angepasst worden seien. Da es sich überwiegend um einfache bis mittlere Tätigkeiten handele, sei hierfür keine hochpreisige Vergütung erforderlich. Als mögliche Bereiche für Eigenleistungen nennt er den Friedhof und regt zum Einsatz von Mährobotern an.

Die sachkundige Einwohnerin Frau Schewe erbittet die Meinung von Herrn Schwabe. **Herr Schwabe** geht auf den Wirtschaftlichkeitsvergleich von 2021 ein, der auch 2024 nochmal mit einem ähnlichen Ergebnis durchgeführt wurde. Das Gutachten hätte sowieso 2027 durchgeführt werden sollen. Er schlägt vor, die aktuellen Zahlen der Ausschreibungsergebnisse abzuwarten und dann Schlussfolgerungen zu ziehen. **Ratsherr Kreutzer** unterstreicht die Aussage von Herrn Schwabe. **Ratsfrau Muth** fragt, ob es zu anderen Bereichen/Tätigkeitsfeldern des Eigenbetriebs Immobilienmanagement Synergieeffekte geben könnte. **Herr Schwabe** informiert, dass auch andere Bereiche, wie beispielsweise die Gebäudereinigung, bereits betrachtet worden seien. Derzeit sei die Fremdvergabe jedoch günstiger. Bei der NEUWOGES könnten die entstehenden Kosten über die Betriebskosten auf die Mieter umgelegt werden. Die Stadt Neubrandenburg hingegen müsse entsprechende Leistungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanzieren. **Ratsherr Hanson** führt aus, dass Eigenleistungen nur dann sinnvoll seien, wenn sogenannte shared Services vorhanden seien.

TOP 7 Annahme einer Geldzuwendung vom NABU Neubrandenburg - Geldzuwendung für das Aufstellen einer Parkbank Typ "Neubrandenburg" mit Widmungsschild und der Pflanzung eines Baumes in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0310

beraten

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8 Sportförderung – Umstellung auf transparentes Direktzuschussmodell
Vorlage: BV/VIII/0312

Ratsherr Großmüller führt aus, dass auch dieser Antrag sich aus der Arbeitsgruppe ableitet. Es gehe nicht darum, den Vereinen Mittel zu streichen, sondern es transparent darzustellen. Er spricht sich für die Umstellung auf ein Direktzuschussmodell aus, um

Wettbewerbsneutralität und mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Die derzeitige Nutzung städtischer Infrastruktur zu nahezu Nullkosten gegenüber mietzahlenden privaten Anbietern stelle eine strukturelle Benachteiligung dar. Außerdem werde durch die transparente Darstellung das tatsächliche Fördervolumen im Haushalt sichtbar. **Ratsherr Kreutzer** äußert seine Bedenken hinsichtlich des steigenden Verwaltungsaufwands und fragt, wo der wirkliche Mehrwert liege. **Ratsherr Großmüller** regt an, eine Teilnehmerliste der Vereine als mögliches Steuerungsinstrument heranzuziehen, um den tatsächlichen Nutzen der Förderung besser bewerten zu können. Im Mittelpunkt stehe die Frage nach einem sachgemäßen Umgang mit den bereitgestellten Ressourcen. **Herr Köpke** möchte das Thema aus zwei Perspektiven betrachten. Er verweist darauf, dass Sportvereine viele neue Mitglieder aufgenommen hätten und eine gewisse Sozialkontrolle bei der Vergabe von Nutzungszeiten bestehe. Wenn ein Verein geblockte Zeiten mehrmals nicht nutze, bestehe Interesse anderer Vereine an diesen Zeiten. Die Auslastung der Sportstätten könne zudem durch moderne Transponderlösungen nachvollzogen werden. Außerdem weist er darauf hin, dass die Stadt Neubrandenburg 2023 aufgrund der umsatzsteuerlichen Regelung nach § 2b UStG vom Direktzuschussmodell zur Entgeltordnung gewechselt sei. Eine Rückkehr zum Direktzuschussmodell würde voraussichtlich Mehrkosten von rund 500 TEUR verursachen, da die Vereine dann die vollständigen Entgelte tragen müssten und diese umsatzsteuerpflichtig wären. **Ratsherr Schwanke** bestätigt die Aussagen von Herrn Köpke. **Ratsherr Schröder** stimmt der Einschätzung von Herrn Köpke zu, dass eine Umstellung teurer werden würde. Eine Missnutzung sehe er nicht und die Kontrolle könne zudem ohne großen Aufwand erfolgen. **Ratsherr Großmüller** betont ebenfalls die Bedeutung von Transparenz. Als freier Unternehmer sehe er es kritisch, dass Vereine teilweise sehr gut ausgestattete Fitnessräume erhielten, ohne dass die Mitgliedsbeiträge entsprechend angepasst würden. **Herr Köpke** erläutert, dass die Vermietung an Vereine bis zur Einführung der umsatzsteuerlichen Regelung nach § 2b UStG umsatzsteuerfrei gewesen sei, da keine Betriebe gewerblicher Art (BgA) betroffen gewesen seien. Diese Regelung wurde gestundet, aber es werde damit gerechnet, dass die Regelung ab 2027 greift. Zu den Krafträumen wird ausgeführt, dass diese den Mitgliedern im Rahmen des Vereinszwecks, insbesondere im Leistungssport, zur Verfügung stünden. Eine Gewinnerzielungsabsicht oder Konkurrenz zu privaten Anbietern bestehe nicht. Zudem befinde sich die Verwaltung mit dem EBIM im Austausch, um die Nutzungsentgelte der Vereinsmitglieder zu überprüfen. **Ratsherr Hanson** spricht sich für Transparenz aus. **Ratsfrau Muth** äußert Bedenken hinsichtlich des aus ihrer Sicht bestehenden Misstrauens gegenüber der Verwaltung. Sie fragt, welches Ziel mit der geforderten Transparenz verfolgt werde. Zudem sagt sie, dass die Stadt Neubrandenburg eine Sportstadt wäre. **Ratsherr Großmüller** betont, dass es wichtig sei zu wissen, wofür Gelder verwendet würden. Die Verwendung von Steuergeldern solle gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehbar dargestellt werden. Danach stellt er die Frage, ob alle Vereine eine Existenzberechtigung hätten. Er vertritt die Meinung, dass Neubrandenburg keine Leistungssportstadt mehr sei, sondern vielmehr eine Breitensportstadt. **Herr Köpke** weist darauf hin, dass jedes Ratsmitglied die Möglichkeit habe, die Aufstellungen einzusehen.

**TOP 9 Überprüfung der städtischen Mittel für die Partnerschaft für Demokratie
Neubrandenburg – Haushaltskonforme Neuausrichtung der
Projektförderung
Vorlage: BV/VIII/0314**

Ratsherr Großmüller betont erneut die Bedeutung von Transparenz bei der Verwendung der städtischen Mittel. Er führt aus, dass die Mittel über NGO-Plattformen gebunden würden. Es gehe nicht um die Abschaffung der Partnerschaft für Demokratie in Neubrandenburg, sondern darum, die geförderten Projekte darzustellen. Außerdem kritisiert er die teilweise ungleich verteilten Förderungen. Seiner Aussage nach erhalte die Hinterste Mühle keine Fördermittel, während andere Einrichtungen mit unternehmerischer Struktur Fördermittel erhielten. Aus seiner Sicht sei es wichtig zu prüfen, welchen Beitrag die geförderten Projekte

zur Stärkung der Demokratie sowie zur Entwicklung des Stadtbildes leisteten. **Herr Bock** ordnet die Partnerschaft für Demokratie nochmal ein. Diese sei Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben“. Er führt aus, dass für die Teilnahme am Programm unter anderem die Einrichtung einer halben Personalstelle sowie die Bereitstellung eines Eigenanteils in Höhe von 10% der Fördermittel erforderlich seien. Zum Stichwort Überparteilichkeit verweist er auf die Förderrichtlinie des Bundesprogramms, die parteipolitische Einflussnahme ausdrücklich unterbinde. Zum Thema Transparenz erläutert er, dass alle Fraktionen der Stadt Neubrandenburg Mitglied im Lenkungsrat seien und somit über alle Förderanträge informiert würden. Darüber hinaus seien die Projekte der Partnerschaft für Demokratie auf der Homepage der Stadt Neubrandenburg aufgelistet und somit für alle transparent dargestellt. **Ratsherr Kreutzer** führt aus, dass es ihm schwerfalle, Demokratie zu wiegen. Er betont die Emotionalität bei diesem Thema und dass es wichtig sei, diese Gefühle ernst zu nehmen. **Ratsherr Großmüller** antwortet, dass eine halbe Personalstelle nicht alle Förderprojekte hinsichtlich der Stärkung der Demokratie überprüfen könne. **Ratsherr Schimank** erläutert, dass er zwar im Lenkungsrat sitzt, allerdings keinen echten Einfluss auf die Förderprojekte habe. Zudem wird auf die Formulierung in einem Protokoll zu einem Projekt hingewiesen, in dem es um Rechtsextremismus im Fußballverein gehe. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob dies als unpolitisch einzuordnen sei. Seiner Meinung nach sei dies eine pauschale Unterstellung.

**TOP 10 Umfirmierung der Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH (VZN)
zum 01.01.2027
Vorlage: BV/VIII/0317**

beraten

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

gez. Jens Kreutzer
Ausschussvorsitzender

gez. Amy Drusch
Protokollantin